

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ruft die Tagesordnungspunkte 10 und 21 aufgrund Sachzusammenhangs gemeinsam auf. Sie sollen gemeinsam debattiert und anschließend nacheinander zur Abstimmung gebracht werden.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann begründet den Antrag der SPD-Ratsfraktion.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein trägt die Stellungnahme (ST/0005/2015) der Verwaltung vor.

Rm Otto (CDU) begründet Tagesordnungspunkt 21 (BV/0052/2015) „Expertenanhörung gem. § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates betr. Situation von Flüchtlingen in Koblenz“.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass es sich bei der Beantragung einer Expertenanhörung um ein sogenanntes Minderheitenrecht handeln würde. Der Antrag sei mit der entsprechenden Anzahl an Unterschriften vorgelegt worden und somit statthaft. Gegenstand der Beschlussfassung sei somit ausschließlich die Festlegung des Kreises der zuhörenden Sachverständigen.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob es möglich sei, zu dieser Expertenanhörung noch zusätzliche Experten benennen zu können und dies im Ältestenrat zu vereinbaren.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig sagt, dass zusätzliche Experten im Hinblick auf die begrenzte Vorbereitungszeit der Expertenanhörung nur noch in der heutigen Sitzung des Stadtrates vorgeschlagen werden können und dass dies so im Ältestenrat vereinbart worden sei.

Die nachfolgenden Ratsmitglieder benennen im Namen ihrer Fraktion folgende zusätzliche Experten:

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen):

- **Das Koblenzer Queerzentrum**
- **Der Stadtsportverband**

Rm Knopp (CDU):

- **Grundschule Wallersheim**

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann:

- **Der Beirat für Migration und Integration**
- **Der ATM – Arbeitskreis türkischer Migranten**
- **Der Runde Tisch Asyl (Güls)**

Rm Baum (FBG):

- **Eine Berufsbildende Schule**

Rm Enger (Bündnis 90/Die Grünen).

- **Die Industrie- und Handelskammer Koblenz**
- **Handwerkskammer Koblenz**

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke:

- **Arbeitsgemeinschaft Koblenzer Karneval e.V.**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig führt aus, dass mit den vorgeschlagenen Ergänzungen insgesamt 28 Experten anzuhören seien. Er werde die Sitzung stringent leiten und darauf hinwirken, dass die vereinbarte Redezeit für jeden Vortrag nicht überschritten wird. Anschließend soll die Möglichkeit gegeben werden, Rückfragen (keine Rückkommentierungen) stellen zu können. Für jeden Anzuhörenden stehe somit ein Zeitrahmen von 10 Minuten zur Verfügung. Somit könnte die Expertenanhörung in ca. 4 Stunden abgehandelt werden. Verwaltungsintern seien die Inhalte auszuwerten und dann im Rahmen einer Unterrichtungsvorlage oder Beschlussvorlage zeitnah in eine der nächsten Sitzungen des Stadtrates einzubringen um die Konsequenzen dort zur Aussprache zu bringen.

Rm Wiechmann (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt zur Vereinfachung des Verfahrensablaufs vor, dass die anzuhörenden Experten gebeten werden sollten, zusätzlich und vorab eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig nimmt diesen Vorschlag gerne auf, in der Einladung solle hierauf hingewiesen werden. Trotzdem müsse man den eingeladenen Experten die Möglichkeit geben, sich auch während der Expertenanhörung äußern zu können.

Rm Wefelscheid (BIZ) sagt, dass er es für zweckdienlich erachte, dass diejenigen Experten und Einrichtungen, die mit der Thematik öfter zu tun haben und vertrauter sind als andere, ein wenig mehr Zeit eingeräumt werden sollte.

Rm Contento (CDU) sagt, dass nur eine Migrantenorganisation eingeladen worden sei, es in Koblenz aber über 30 Migrantenorganisationen gebe, mit denen der Beirat für Migration und Integration zusammenarbeite und die schon seit über 30 – 40 Jahre tätig seien. Daher habe er Bedenken, wenn nur eine Migrantenorganisation ausgewählt und eingeladen würde.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schlägt aufgrund weiterer Fragen zum Verfahren vor, dass unter anderem die technischen Einzelheiten zur Abfolge der Expertenanhörung und über die Redezeit, den Umgang mit den Stellungnahmen, lediglich schriftliche oder mündliche Anhörung etc., in der nächsten Sitzung des Ältestenrates am 23.02.2015 abgestimmt werden sollte.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer merkt an, dass im Hinblick auf die große Erweiterung der anzuhörenden Experten sowie dem modifizierten Verfahren der

Begründungstext der Beschlussvorlage geändert werden müsse. Die Angaben zur zeitlichen Redezeitbegrenzung müssten demnach in der Begründung gestrichen werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt abschließend fest, dass sich die antragstellende Fraktion mit der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu Tagesordnungspunkt 10 einverstanden erkläre.